

Einigung auf Digitalpakt 2.0

[05.01.2026] Bund und Länder investieren bis 2030 fünf Milliarden Euro in die digitale Modernisierung der Schulen. Darauf verständigte sich die Bildungsministerkonferenz. Neu ist die Vereinfachung der administrativen Prozesse – der Verwaltungsaufwand für Länder und kommunale Schulträger soll deutlich sinken.

Kurz vor Weihnachten 2025 haben sich Bundesbildungsministerin Karin Prien und die Bildungsminister der 16 Länder bei der Bildungsministerkonferenz (Bildungs-MK) in Berlin auf den Digitalpakt 2.0 geeinigt. Das Nachfolgeprogramm des ersten Digitalpakts Schule (Laufzeit: 2019 bis 2024) investiert nun bis 2030 insgesamt fünf Milliarden Euro bundesweit in die digitale Modernisierung des Unterrichts – je zur Hälfte finanziert durch Bund und Länder. Der Bund wird 2,5 Milliarden Euro größtenteils aus dem Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ bereitstellen, die Länder sollen einen gleichwertigen Anteil erbringen. Mit der politischen Verständigung in der Bildungs-MK beginnt nun das formale Unterzeichnungsverfahren in Bund und Ländern. Bund und Länder haben sich auf den vorzeitigen Maßnahmenbeginn bereits für den 1. Januar 2025 verständigt. Offiziell läuft der Digitalpakt 2.0 über die Jahre 2026 bis 2030.

Weniger Bürokratie, mehr Zusammenarbeit

#INFO# Die neuen Vereinbarungen sollen auch effizientere Verfahren schaffen, die es Ländern und Schulträgern erlauben, die digitalen Infrastrukturen ihrer Schulen gezielt weiterzuentwickeln. So sollen kommunale Schulträger künftig pauschalierte Zuweisungen erhalten können, was den Bürokratieaufwand reduziert – und eine schnellere und unkompliziertere Umsetzung der Maßnahmen ermöglichen soll. Besonders hervorzuheben ist auch die Förderung länderübergreifender Vorhaben (LüV), die mit dem Digitalpakt 2.0 neu aufgesetzt wurden: Künftig können sich 12 Länder zu einem gemeinsamen Vorhaben zusammenschließen und aus einem zentralen Pool auf Mittel zugreifen. Dadurch soll die Zusammenarbeit zwischen den Ländern verstärkt und eine effizientere Mittelnutzung ermöglicht werden. „Durch die Vereinfachung der Verwaltungsprozesse und die Förderung von länderübergreifenden Projekten stellen wir sicher, dass alle Schülerinnen und Schüler von digitaler Bildung profitieren - unabhängig von ihrem Wohnort. Wir schaffen die Grundlage für eine moderne Bildungslandschaft, damit alle Schulen die notwendige Ausstattung erhalten, um in der digitalen Welt zu bestehen,“ sagte Bundesbildungsministerin Karin Prien. Der Bund werde Länder und Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen, so Prien.

Gesamter digitaler Lernraum wird gestärkt

Der Digitalpakt 2.0 verfolgt ausdrücklich einen ganzheitlichen Ansatz: Neben leistungsfähiger technischer Ausstattung gehören verlässliche Wartungs- und Supportstrukturen sowie zeitgemäße digitale Lernumgebungen ausdrücklich dazu. Ein weiteres Element ist die Bund-Länder-Initiative „Digitales Lehren und Lernen“ für die Fortbildung von Lehrkräften. Der Bund wird bis zu 250 Millionen Euro in praxisorientierte Forschung investieren, um mit fünf Forschungsclustern und einer wissenschaftlich geleiteten Transferstelle klare Schwerpunkte zu setzen. Ziel ist, gemeinsam mit der Praxis innovative

Ansätze für den digitalen Unterricht zu entwickeln und Lehrkräfte gezielt vorzubereiten. „Ich bin dem Bund und den Ländern sehr dankbar, dass alle in den vergangenen Monaten konstruktiv und zügig zusammengearbeitet und so den Digitalpakt 2.0 erfolgreich zum Abschluss geführt haben,“ resümiert die nordrhein-westfälische Bildungsministerin Dorothee Feller. Der Digitalpakt 2.0 schaffe Grundlagen für eine zeitgemäße Bildung in allen Regionen.

(sib)

Stichwörter: Schul-IT, DigitalPakt, Politik